



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 4/2022
Palermo, 15.03.2022



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 4/2022

Palermo, 15.03.2022

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo im Zeitalter der Pandemie erscheint ab März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus. Scirocco ersetzt das Corona Update Italien.

Politische und soziale Situation

In Kooperation mit der schweizerischen Flüchtlingshilfe haben [borderline-europe](#) und [Borderline Sicilia](#) die Stellungnahme "[Privat statt Staat? Die Wirksamkeit von Hilfeleistungen für Asylsuchende und Schutzberechtigte in Italien](#)" veröffentlicht.



Mit dieser Stellungnahme werden die deutlichen Mängel im Aufnahmesystem des italienischen Staates thematisiert- Anhand der Perspektiven vieler italienischer Nichtregierungsorganisationen und

Einrichtungen aus dem karitativen und sozio-legalen Umfeld wird nachgezeichnet, dass private Akteur*innen die staatlichen Aufgaben der Aufnahme und Versorgung Geflüchteter und Asylsuchender nicht ersetzen können und sollen. Die Arbeit ziviler Organisationen kann daher nicht als Argument für die Durchführung von Dublin-Rückführungen herangezogen werden.

Zum ersten Mal hat die Europäische Union eine Richtlinie in Kraft gesetzt, die es Geflüchteten aus der Ukraine ermöglicht, einen sog. „vorübergehenden Schutz“ zu erhalten. Dadurch wird effektiv verhindert, dass die traditionellen Asylantragsverfahren die Aufnahmebürokratie in den einzelnen Ländern blockieren. Paradoxerweise sollte ebendiese Richtlinie bis vor Kurzem vom Europäischen Parlament aufgehoben werden, da sie – trotz der hohen Zahl ankommender Menschen aus Syrien, Afghanistan oder anderen nicht-europäischen Staaten – nie aktiviert wurde. Dieses Mal gäbe es keinen Pufferstaat, der die Verantwortung für die geflüchteten Menschen übernehme, erklärt [Chiara Favilli, Professorin für EU-Recht an der Universität Florenz](#) und ergänzt, dass die Umsetzung der Richtlinie zur Erleichterung der Rettung ukrainischer Staatsangehöriger eine positive und wichtige Entscheidung sei, die aber gleichzeitig die Unzulänglichkeit eines Aufnahmesystems verdeutliche, welches für alle anderen Menschen, die vor Verfolgung und Konflikten fliehen, unzureichend sei. In den letzten Jahren wurde mehrfach um die Aktivierung dieser Richtlinie gebeten, aber Europa habe sich stets für die Ablehnung von Geflüchteten entschieden, kommentierte eine [Aktivistin des Tavolo asilo e immigrazione](#) (Runder Tisch zur Immigration). Das Ziel des europäischen Migrations- und Grenzregimes bleibe nach wie vor die Externalisierung der Grenzen.

Aufgrund der erwarteten hohen Zahl ukrainischer Geflüchteter in Italien hat die italienische Regierung bis zum 31.12.2022 einen [Ausnahmezustand ausgerufen und rasch einen Aufnahmeplan entwickelt](#), der u.a. eine statusungebundene Unterbringung in CAS (Centri di accoglienza straordinaria, Notfallzentren, die Hauptunterbringungsart in Italien), eine Aufstockung des Aufnahme- und Integrationssystems (SAI) um 3.000 Plätze sowie ein Sonderbudget für italienische Universitäten in der Höhe von 500.000€ zur Integration ukrainischer Studierenden vorsieht. Darüber hinaus soll die [gesundheitliche und humanitäre Versorgung ankommender Menschen](#) durch die Bereitstellung von Impfungen, Abstrichen grünen Pässen (Staatliches Dokument zur Bestätigung der Impfung und/oder Genesung von Covid-19) und dem Zugang zum italienischen Gesundheitssystem gesichert werden – wichtige Maßnahmen, die jedoch für außereuropäische Migrant*innen nicht gelten. So werden diese beispielsweise unter inhumanen Bedingungen auf Quarantäneschiffen isoliert.

Auch an den ukrainischen Grenzen zeigt sich der **strukturelle Rassismus und das racial profiling europäischer Behörden**. Dort wird vielen afrikanischen und asiatischen Menschen die Flucht aus der Ukraine erschwert. Sie werden von Grenzbeamt*innen festgehalten, bei der Versorgung mit Nahrung und wichtigen Hilfsgütern benachteiligt und erleiden zum Teil physische Gewalt, [wie zahlreiche Berichte belegen](#). Die Situation ist so besorgniserregend, dass zahlreiche afrikanische Staaten im UN-Sicherheitsrat protestiert haben. Die Afrikanische Union verwies in einer Mitteilung darauf, dass es nicht hinnehmbar sei, dass afrikanische Bürger*innen, die aus der Ukraine fliehen, ungleich behandelt würden. Sollte sich der

Vorwurf bestätigen, wäre dies ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht.

Ein [Komitee aus Einwohner*innen der Stadt Cassibile](#) in der Provinz Syrakus hat dem Präfekten und dem Präsidenten der Region Sizilien vorgeschlagen, die Räumlichkeiten eines am Stadtrand gelegenen Zentrums für die Unterbringung von Familien zu nutzen, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten. Diese Entscheidung wäre zu begrüßen, wenn nicht dasselbe Gremium heftig gegen den Bau dieses Zentrums, in dem ursprünglich nordafrikanische Arbeiter*innen untergebracht werden sollten, protestierten und mit dem Bau von Barrikaden verhinderten.



Cassibile, „Unterkünfte“ der Saisonarbeiter*innen, Foto: Borderline Sicilia

Die Ungleichbehandlung europäischer und nicht-europäischer Geflüchteter ist weder in diesem Fall zu noch im Handeln der italienischen Regierung zu übersehen.

Hoffnung macht hingegen ein [Gesetzesvorschlag namens *ius scholae*](#), welcher derzeit vom italienischen Parlament diskutiert wird. Geflüchteten, die bei der Einreise jünger als 12 Jahre alt waren und für mindestens fünf Jahre eine italienische Schule besucht haben, könnten durch dieses Gesetz auf einfachem Wege die italienische Staatsbürgerschaft erlangen, was sehr zu begrüßen wäre.

Das [Berufungsgericht Bozen](#) hat entschieden, dass die Hälfte aller 59 Anklagen gegen Anarchist*innen, welche im

Mai 2016 den Bau einer Grenzbarriere auf dem Brennerpass mit Barrikaden, Protestaktionen und einer Straßenbesetzung verhindert haben, verjährt sind. Bei weiteren Urteilen wurde das Strafmaß ebenfalls nachträglich reduziert.

Der Prozess gegen den ehemaligen italienischen Innenminister Matteo Salvini, der wegen Entführung und Verweigerung von Amtshandlungen angeklagt ist, weil er die Anlandung von Geflüchteten des zivilen Rettungsschiffs Open Arms in Lampedusa rechtswidrig verweigerte, [wurde bereits wegen Krankheit eines Richters verschoben und wird nun wegen des generellen Fehlens eines Richters erneut vertagt](#). Seit Beginn des Prozesses im September haben drei Anhörungen stattgefunden, und nur in einer davon wurden die ersten Zeug*innen angehört.



Eingang zur „Aula Bunker“, in dem sich der Prozesssaal befindet, Ucciardone-Gefängnis, Palermo

Situation der Geflüchteten

Mit dem gerade erschienenen Bericht „[I was not safe in his house](#)“, macht UNICEF auf geschlechtsspezifische, häusliche Gewalt in Italien aufmerksam. Für geflüchtete und migrierte Mädchen und Frauen habe die Wahrscheinlichkeit, körperliche oder sexuelle Gewalt zu erfahren, während der Covid-19 Pandemie deutlich zugenommen. Isolation und eine Unterbrechung der

Eingliederungswege würden die Situation der mehrfach diskriminierten Mädchen und Frauen noch verschlimmern, so UNICEF. Das hohe Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt betrifft 51,8% aller Asylsuchenden und Migrant*innen in Italien – das sind 2,6 Millionen Frauen und Mädchen. Der körperlichen und sexuellen Gewalt in Italien gehen häufig Genitalverstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsehe und sexuelle Ausbeutung in den Herkunftsländern der weiblichen Opfer oder auf der Migrationsroute voraus. [Alessia Sicuro](#) macht daher darauf aufmerksam, dass weibliche Migrant*innen besonderen Schutz und Unterstützung brauchen, statt in die häusliche Isolation gedrängt zu werden.

Der italienische Staat fordert von Asylsuchenden alle sozialen Leistungen zurück, sobald diese mehr als 5.900€ im Jahr – also weniger als 500€ im Monat – verdienen. Doch das sei eine Summe, mit der man in Italien ohne familiäre Unterstützung kaum leben kann, erklärt die Anwältin und Präsidentin der Vereinigung für juristische Studien zur Immigration (ASGI), [Nazzarena Zorzella](#). Bereits hunderte Asylsuchende hätten den Widerruf ihrer Aufnahme und Anträge auf Entschädigung in Höhe von 5 bis 20.000 Euro für den Zeitraum der Pandemie erhalten. Das [Coordinamento dei migranti](#) schreibt dazu, dass die betroffenen Migrant*innen zu jenen Menschen gehören, die aufgrund ihrer Arbeitsleistung dafür gesorgt hätten, die Infrastruktur großer Städte, die sich während der Covid-19 Pandemie im harten Lockdown befanden, aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wurde ihnen nach dem Kassationsgerichtshof das Recht auf Gesundheit nicht garantiert.

Bei dem Versuch, die italienisch-französische Grenze zu Fuß zu überqueren und ein Leben in Frankreich zu beginnen, ist der 31-jährige

Marokkaner Fathallah Balafhail gestorben. Nach dem 15-jährigen Afghanen Ullah Rezwan Sheyzad, der von einem Zug getötet wurde, ohne dass es jemand bemerkte, ist das nun der zweite Tod innerhalb weniger Tage auf der gefährlichen Route zwischen Italien und Frankreich. [Die Organisation Medu des Grenzortes Oulx](#) macht die Militarisierung und die Vervielfachung der europäischen Grenzen dafür verantwortlich, dass immer mehr Menschen in die Illegalität und den Tod getrieben werden. Ebenso prangert sie den beunruhigenden Mangel an Informationen und den rücksichtslosen Umgang mit den Angehörigen von Verstorbenen an: Dies zeige, dass Migrant*innen in Europa auch nach ihrem Tod unsichtbar blieben. Im Gegensatz zur EU zeigen sich [Aktivist*innen ziviler Organisationen](#) wie Amnesty International, Lega per i diritti dell'uomo, Aifo, Caritas, Associazione 25 aprile, Rete Sanremo Solidale und Arcicamalli Imperia solidarisch mit Geflüchteten und Migrant*innen auf der Weiterreise durch die Europäische Union. Mit einer Mahnwache, Kerzen und Schildern mit Namen und Todesdatum gedachten sie den etwa 30 Menschen, die seit 2016 bei dem Versuch, die italienisch-französische Grenze zu überwinden, gestorben sind sowie allen, die den gefährlichen Grenzübertritt im Geheimen wagen müssen, weil das Grenzregime der Europäischen Union Menschen auf der Flucht kriminalisiert.

Nach wie vor tragisch ist auch die humanitäre Situation auf dem Mittelmeer: Wie das [Alarm Phone berichtet](#), sind am 27. Februar bei einem Schiffsunglück vor der libyschen Küste mindestens 50 Menschen gestorben, ein Boot mit weiteren 60 Personen an Bord wird noch immer vermisst. Das zivile Rettungsschiff [Geo Barents](#) beherbergte 111 Migrant*innen und Geflüchtete, die aus Seenot gerettet werden

konnten. Nach neun Tagen Wartezeit konnten die Geretteten endlich am [14. März in Augusta an Land gehen](#) bzw. wurden auf ein Quarantäneschiff gebracht. Erneut weigerten sich maltesische und italienische Behörden, ein Boot in Seenot zu retten. Das Containerschiff [CMA CGM Rivoli](#) kam zur Hilfe und rettete am 06. März 26 Menschen, doch die Behörden der beiden EU Staaten verweigerten auch die Einfahrt in ihre Häfen. Die Rivoli musste ihre Fahrt nach Dünkirchen fortsetzen, wo die Geflüchteten an Land geben konnten.



Abgebranntes Lager in Campobello. Foto: Sportello Sans Papiers Palermo

In Campobello (Provinz Trapani) ist erneut das improvisierte Lager für Saisonarbeiter*innen abgebrannt. Das Feuer brach aus, als sich die Bewohner*innen an einer Feuerstelle zu wärmen versuchten. Der Gruppe gelang es glücklicherweise vollständig, sich in Sicherheit zu bringen. Bis eine neue Unterkunft gefunden ist, dürfen die betroffenen Personen die [städtische Turnhalle der Gemeinde Castelvetrano](#) als Schlafsaal nutzen. Seit Jahren ist die Situation

in Campobello bekannt, ändern tut sich nichts. Einzig die Ernte der Oliven ist wichtig, nicht jedoch die menschenwürdige Unterbringung der Erntehelfer*innen.

Das [Antirassistische Netzwerk aus Catania](#) warnt vor der Wiedereröffnung der Unterkünfte des ehemaligen CARA (staatliche Asylunterkunft) in Mineo auf Sizilien, in dem ukrainische Geflüchtete aufgenommen werden sollen. Dieser Ort sei durch die Leiden und Verletzung der elementarsten Menschenrechte geprägt: In den letzten acht Jahren wurden Migrant*innen und Geflüchtete dazu genötigt, für einen ausbeuterischen Lohn von 15-20 Euro am Tag auf den anliegenden Zitrusplantagen zu arbeiten, während die „Pseudo-Hotellerie“ vom italienischen Staat finanziert wurde.



Das ehemalige CARA in Mineo, Foto: Borderline Sicilia

Statt sich am mafiösen Modell des CARAs in Mineo zu orientieren solle sich der italienische Staat die [Aufnahme von Geflüchteten in der kleinen Stadt Riace](#) zum Vorbild nehmen, kommentierte das Netzwerk. Der ehemalige Bürgermeister von Riace, Mimmo Lucano, baute ein Projekt der Gemeinschaft mit den dortigen Geflüchteten auf. Als Dorn im Auge der Behörden wurde er wegen angeblichen Betrugs [zu 13 Jahren Haft verurteilt](#).

Die derzeitige Solidarität europäischer Regierungen gegenüber ukrainischen Geflüchteten kann nicht über die

Scheinheiligkeit der EU hinwegtäuschen: Es sind dieselben Regierungen, die Geflüchtete unter inhumanen Bedingungen und zum Teil [tödlicher medizinischer Vernachlässigung](#) auf Quarantäneschiffe einsperren, dieselben Staaten, die Milliarden Euro an die türkische Regierung gezahlt haben, um syrische und afghanische Geflüchtete an der Einreise nach Europa zu hindern und auch dieselben Politiker*innen, die das Recht auf Asyl auf der Balkanroute sowie der belarussisch-polnischen Grenze faktisch außer Kraft setzen und so [zwei Klassen an Geflüchteten und Asylbewerbenden](#) geschaffen haben.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie in unserem Streiflicht Italien und in den vorherigen Ausgaben des Sciroccos auf unserer [Homepage](#).

*Hinweis an die Leser*innen unseres Streiflichts: Unser Streiflicht Italien wird ab diesem Jahr nur noch zwei Mal in neuer Aufmachung erscheinen!*

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>